

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25241. Postfach 1068 Dresden. Die Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25241. Postfach 1068 Dresden. Die Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abonnementpreise: Vierteljahr 12, Halbjahr 22, Jahr 40. Einzelhefte 1 Pf. (Postgeb. 10 Pf.). Ausland: Vierteljahr 18, Halbjahr 32, Jahr 60. Einzelhefte 1 Pf. (Postgeb. 10 Pf.).

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Radikale Lösung der Judenfrage in Prag

Säuberung im Sinne der Nürnberger Rassegesetze

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Dezember.

Die Judenfrage dürfte nun auch in der Tschecho-Slowakei schon in kurzer Zeit einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden. Das ist bis jetzt von den Prager Regierungsstellen noch nicht klarbittert worden ist, so, wie Prager Zeitungen heute ohne Umschweife erklären, abgesehen von organisatorischen und innerpolitischen Gründen nicht zuletzt auf antijewische Motive, im besonderen auf Drohungen Englands, zurückzuführen sein. England soll es nämlich gewesen sein, das, wenn auch nicht offiziell, so doch auf inoffiziellen Wege kürzlich Ministerpräsident Berau zu verhehlen gegeben hat, daß jede Ankündigung in der Regierungserklärung Beraus von Zwangsmaßnahmen gegen die Juden in der Tschecho-Slowakei London dazu bestimmen würde, die englisch-tschechischen Antijew-Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Zunächst ist dann auch, obwohl vorher die Prager Zeitungen eine Regierungserklärung angekündigt hatten, die einschneidende Maßnahmen gegen die Juden bringen würde, in Beraus Rede kein diesbezügliches Wort gefallen und nur verneint erklärt worden, daß Zuwanderer nicht erwartet könnten, da er in der Tschecho-Slowakei nicht die mit so großem Aufwand in London verprochenen Millionen Pfund, sondern gerade noch 10 Millionen Pfund, immerhin — aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und auch in der Tschecho-Slowakei dürften, wie man aus offizieller Prager Quelle heute hört, die guten Tage der Juden in absehbarer Zeit ein Ende gefunden haben.

Die Judenfrage soll von Prag aus nach übereinstimmenden Nachrichten radikal gelöst werden, und zwar so, daß die Juden in der Tschecho-Slowakei weder in Politik und Wirtschaft noch in Kunst und Wissenschaft in Zukunft etwas zu besellen haben werden. Weder die tschechische noch die slowakische Einheitspartei noch die oppositionelle Arbeiterpartei wünschen die Aufnahme von Juden. Damit hätte die Judenfrage in der tschechischen Politik wohl endgültig ausgemacht. Die Verhältniszahl würde, so heißt es weiter, im Wirtschaft- und Finanzwesen demnach eingeführt werden. Außerdem blüht noch manchem jüdischen Staatsbürger, der nach 1920 die Staatsbürgerschaft erworben hat, daß ihm diese nun nachträglich entzogen wird. Selbstverständlich sollen auch die jüdischen Vermögen schärfer kontrolliert werden. Staatsbeamte sollen die Juden unter keinen Umständen mehr werden dürfen, ebenso soll ihre Tätigkeit als Lehrer, Schriftsteller, Film-, Theater- und Rundfunkangehörige unterbunden werden.

Für die Anwaltschaft und Ärzteschaft, die bekanntlich in der Tschecho-Slowakei besonders stark vertreten sind, soll ebenfalls die Verhältniszahl angewandt werden, und die öffentlichen Krankenhäuser sollen demnach überhaupt jüdenfrei werden. Die Slowaken wollen sich in die Tschechen nicht mehr von Juden verteidigen bzw. ärztlich behandeln lassen. Um schließlich eine Tarnung der Juden in Zukunft endgültig zu verhindern, will man den Juden auch nicht mehr erlauben, diese oder jene Nationalität zu erwerben, sondern alle Juden sollen kriegsunfähig erklärt und nur als Juden geführt werden. Wer Jude ist oder nicht, soll im Sinne der Nürnberger Rassegesetze entschieden werden. Ähnlich wie in Deutschland soll im übrigen auch der Judentum in der Tschecho-Slowakei in Zukunft das eigene kulturelle Leben mit eigenem jüdischen Theater, Konzert- und Schulwesen usw. gewährleistet sein.

Franco greift an

Englische Blätter hatten gerade festgestellt, daß es im nationalen Spanien Unruhen gegeben habe, daß zwischen Carlisten und Nationalisten erbitterter Streit herrsche und daß Franco auf Monate hinaus nicht in der Lage sein werde, irgendwo einen militärischen Vorstoß vorzutragen, als die ersten Meldungen von der neuen großen Offensive der Nationalisten einliefen. Nicht nur die Leser der Londoner Sensationspresse, sondern auch die der „Serious“, auf ihre angebliche Objektivität sehr hohen Meinungsblätter haben sich wieder einmal unläufig gekümpft. Es war ein Verhängnis, das Dilemma zu beobachten, in das sich die Leute in Directfront durch eigenen Vorwitz gebracht hatten. Sie fanden der neuen Offensive, die alle Meldungen über eine Schwächung des



Die Frontlinie vor Beginn der neuen Offensive
Zeichnung Dresdner Nachrichten

nationalen Sache so schnell und so gründlich zügen trakte, völlig laßungslos gegenüber. Wie kann man auch nur, Herr Generalissimo! mitten im Weihnachtsfrieden, unmittelbar nach dem „Verrat“ ihrer geheimen militärischen Pläne und angesichts der unhaltbaren Zustände in ihrem Hinterland eine solche Aktion — das ging über das Fassungsvermögen der Londoner Schreibstischstrategen, die sich trotz aller gegenständlichen Erfahrungen noch immer einbilden, auf die Welt-politik einen entscheidenden Einfluß auszuüben.

Mit diesem Ueberrassigungsmoment ist ein gut Teil der Erfolgsaussichten des Vortohes gegen Katalonien vorweggenommen. Franco bestimmt in Spanien nach wie vor das Gesetz des Dandelns. Immer wieder holt er zu neuen vernichtenden Schlägen gegen die Volkswirtschaft aus, und jedesmal schrumpft deren Widerstand mehr zusammen. Auch diese Offensive hat sich große Ziele gesetzt. Sie wurde von langer Hand vorbereitet. In den letzten Monaten war es auf der Paredenholzbüchel ruhig geworden. Nach dem verachtlichen Entlastungsversuch der Katalonien über den Ebro hinaus nach Süden hatte Franco einen gründlichen Ausbau seiner militärischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Stellung vorgenommen. Mit 400 000 Mann in lieben Armeekorps ist er nun zu der neuen Offensive angetreten, die schon in den ersten Tagen der Volkswirtschaft und ihren bolschewistischen und demokratischen Freunden den kalten Schrecken ins Gebirn trieb. Auch der Zwischenfall mit dem englischen Bizekonsul hat an der planmäßigen Durchführung der Aktion nichts ändern können. Wohl aber hat sich die Rolle, die dieser ehrenwerte Herr und seine Gewährräuber spielten, in

HEUTE BEILAGE

Unsere Wehrmacht

823000 Chinesen im Krieg mit Japan gefallen

47000 Tote der Japaner - Die Hälfte Chinas bereits eingenommen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Dezember.

In Japan wird jetzt ein Ueberblick über die japanischen und chinesischen Verluste in den 17 Monaten seit dem Ausbruch des Konfliktes in Chinas veröffentlicht. Nach diesen japanischen Angaben haben die Japaner 47 000 Gefallene zu beklagen. Die Zahl der Gefallenen auf chinesischer Seite soll hingegen nicht weniger als 823 000 betragen.

Die von japanischen Truppen besetzten Gebiete Chinas werden mit 47 Prozent des gesamten chinesischen Raumes und mit einer Gesamtbevölkerung von 170 Millionen angegeben. Die Kriegsbeute der Japaner betrug u. a. 11000 Maschinengewehre, 680 Feld- und Gebirgsartillerie sowie 500 Kampfwagen und

Panzerkraftwagen, von denen allerdings der größte Teil Lastwagen gewesen sein dürften.

Wenn die Japaner sich aber der Hoffnung hingeeben haben sollten, daß sie durch ihre verschiedenen Erklärungen der letzten Zeit auf die Regierung Tschiangkaifschang größeren Eindruck ausüben könnten, so haben sie sich in dieser Erwartung offenbar getäuscht. Tschiangkaifschang hielt vielmehr fest, daß die Erklärung des japanischen Ministerpräsidenten vom 22. Dezember ganz klar das Ziel erkennen lasse. China zu zerstören. Das chinesische Volk sei nun über die japanischen Ziele aufgeklärt und werde, so sagt Tschiangkaifschang, noch entschlossener als bisher weiterkämpfen und sich nicht ergeben. Der Marshall demontiert auch alle Gerüchte, die in der Heile des Präsidenten Wang die Vorbereitung für Friedensverhandlungen legen wollten. An solchen Behauptungen sei kein Körnchen Wahrheit.

Frankreichs Goldschatz um 140 Milliarden geschrumpft

Gold- und Devisenbestand der Bank von Frankreich auf 80 Milliarden gesunken - Rennaud im Senat

Paris, 28. Dezember.

Am Mittwochvormittag hat der Senat mit der Aussprache über den Haushalt für das Jahr 1936 begonnen. Zu dem Bericht über den Haushalt wurde in erster Linie auf das besorgniserregende Mißverhältnis zwischen der Höhe des Haushalts und des Nationaleinkommens hingewiesen und betont, daß Frankreich nicht lange eine Last von 66 Milliarden Franken bei einem Nationaleinkommen von nur 250 Milliarden Franken tragen könne.

Nach den Ausführungen des Generalberichterstatters des Haushalts für 1936 betrug Finanzminister Rennaud die Tribüne. Er wies auf den Ernst der Stunde hin und gab dann eine genaue Bilanz über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes. Frankreich, so erklärte er u. a., habe sieben Jahre an einer Wirtschaftskrise, Finanz- und Währungsnot gelitten. Im übrigen müsse man den Rechnung tragen, daß die Militärausgaben sich 1935 auf 41 Milliarden steigern würden, während die Einnahmen des letzten Krieges noch nicht 15 Milliarden ausmachten. Wenn Milliarden Franken habe man in den Taschen der Landesverteidigung gewonnen.

Frankreich vermehre seine öffentliche Schuld um jährlich 18 Milliarden. Es habe 60 v. D. auf seine Währungsreserven in der gleichen Zeit, in der es 60 v. D. seiner Goldreserven einbüßte. Die Wahrheit, die man nicht immer

klar erkannt habe, sei, daß das Land von seinem Kapital gelebt habe. 1931 beschloß Frankreich noch 220 Milliarden an Gold und Devisen in der Bank von Frankreich. Dieser Vorrat sei auf 80 Milliarden im November 1935 gesunken. Die 140 verlorenen Milliarden verringerten den französischen Arzentschatz. Wieviel Flugzeuge hätte man für 140 Milliarden bauen können?

„Ich glaube“, fuhr Rennaud fort, „daß das Problem der Devisenkontrolle mit einem demokratischen Parlament nicht gelöst werden kann. Es blieb und also nur ein Weg übrig, und zwar einer, auf dem man sich mit offenem Bissler schlägt.“

Wir sind darangegangen, zuerst die Bedürfnisse des Staates und der Gemeinden zu verringern. Wir haben die großen öffentlichen Arbeiten möglichst wenig eingeschränkt, sie jedoch erheblich kürzen müssen. Dann haben wir für die Zielsetzung der Einnahmen gesorgt. Wir wollten nicht eine Abgabe auf das Kapital einführen, weil diese Abgabe bereits praktisch erfolgt ist, da das Einkommen seinem Goldwert nach in Frankreich um 70 v. D. gesunken ist, was in Wirklichkeit bereits eine harte Steuer ausmacht. Wir haben es für richtiger gefunden, die Einkommensteuer zu erhöhen.“

Am weiteren Verlauf seiner Rede schilderte der Finanzminister die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, die er bereits vor der Kammer ausführlich vertreten hat, um dann schließlich auf die angekündigte Konvertierung ausländischer Anleihen zu kommen.

938
a. Sie
d will
ihnen
geru.
r und
sagte
lauden
gestellt
n dem
u ihr
en mit
t hat,
glau-
faun
Ganna
en be-
her in
seinem
doun
h, was
Freund
gesehen
eigenes
treten.
ähmen-
f. recht
zu
rmann.
seiner
als ich
nd hielt
erte die
Ganna
besuchen
e, wie-
zu be-
sel und
ar das
s Kreis
er ihr
andern-
hatte,
werden.
ogen zu
es um-
gefagt
ung ge-
Bbach
platz 3
Vauke,
von ge-
t — ich
mit —
n, und
nicht ge-
s feucht.
ndenfen